

## **Mahnwache in Mannheim zum Syrien-Mandat am 10.11.2016** **Rede von Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi-Bundesvorsitzende**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

während wir hier protestieren, entscheidet der Bundestag über eine Verlängerung des Bundeswehrmandats gegen den IS in Syrien und darüber hinaus. Die Bundeswehr beobachtet im Luftraum, gibt Daten weiter für Kampfeinsätze, versorgt Verwundete und bietet Führungsunterstützung. Aus Solidarität mit Frankreich, das durch Terroranschläge schlimm getroffen wurde, hat das Parlament den Einsatz im vergangenen Jahr begonnen. Solidarität mit Frankreich ist wichtig, gerade auch aus Sicht von pax christi. Die Wurzeln unserer Organisation liegen schließlich in der französisch-deutschen Versöhnung. Solidarität ist aber ein lebensbehaltender Begriff, der auch so gefüllt gehört: mit Sorge für Frankreich und mit Hilfe, aber nicht mit militärischer.

Im März 2011 begann Syriens Bevölkerung mit friedlichen Demonstrationen grundlegende Freiheiten und Rechte einzufordern. Die extreme Repression des Regimes führte zu einer Militarisierung der Proteste, die sich zu einem systematischen Krieg entwickelt haben, der die ganze Region betrifft.

In den folgenden fünf Jahren wurden mehr als 250.000 Menschen getötet, mehr als 13,5 Millionen Menschen innerhalb Syriens brauchen Katastrophenhilfe und 6,5 Millionen Zivilpersonen wurden intern vertrieben, Hunderttausende davon befinden sich in belagerten Städten, abgeschnitten von Nahrungsmitteln und grundlegenden Versorgungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sind rund fünf Millionen SyrerInnen in die Nachbarstaaten und weiter geflohen.

Der Krieg in Syrien hat auch die Situation der palästinensischen und irakischen Flüchtlinge in Syrien verschlimmert. Ihre Notlage darf nicht vergessen werden. Wir drücken ebenso unsere Solidarität mit den tausenden Zivilgesellschaftsaktivisten in Syrien aus. Über 900 lokale Waffenstillstände sind unter der Vermittlung von Lehrern, Priestern und Imamen geschlossen worden. Trotz knapper Ressourcen und begrenzter Solidarität treten diese Menschen weiter für eine Waffenruhe ein und engagieren sich intensiv für Bestrebungen humanitärer Hilfeleistungen.

Dieser Krieg hat schon zu lange angedauert. Die Zerstörung eines Landes und die Vernichtung von Menschenleben muss ein Ende finden. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss an oberster Stelle stehen. Die Gespräche über einen Frieden in Syrien müssen vorangetrieben werden. Die Diplomatie darf keine Pause einlegen. Ob das nun besser wird mit Trump auf der einen Seite und Putin auf der anderen, wie manche es sich erhoffen, ist noch nicht ausgemacht.

Liebe Friedensfreundinnen und –freunde,

im vergangenen Jahr haben 145 Abgeordnete gegen das Syrien-Mandat gestimmt, aus allen Parteien. Das ist ermutigend. Wir hoffen, dass es in diesem Jahr mehr geworden sind, die Zweifel an diesem Militäreinsatz bekommen. Dieser Auftrag für die Bundeswehr ist weder politisch, noch rechtlich, noch ethisch zu rechtfertigen.

Dieser Einsatz ist nach dem Kriegseinsatz in Afghanistan wieder eine Beteiligung am sogenannten „Krieg gegen den Terror“, in die uns Bundesregierung und Parlament verwickeln. Diese Entscheidung konterkariert Bemühungen eine Friedenslösung auf internationalem diplomatischem Weg durchzusetzen. Zugleich werden damit alle Erfahrungen missachtet, die mit

diesem Krieg seit dem 11. September 2001 gemacht worden sind: Krieg gegen den Terror ist nicht nur selbst Terror – mit bis jetzt bereits mehr als einer Million Toten – sondern funktioniert auch als „Terroristen-Rekrutierungsprogramm“. Jedenfalls befördert Deutschlands Kriegseintritt weitere erbitterte militärische Feindschaft und erhöht die Gefahr von Terroranschlägen auch in unserem Land. Andererseits zwingt diese Entwicklung noch mehr Menschen zur Flucht aus den Kriegsgebieten, derzeit aus Mossul, und wird weiterhin humanitären, sozialen und kulturellen Zwecken immense Mittel entziehen.

Dieses militärische Engagement der Bundeswehr verstößt unseres Erachtens gegen Grundgesetz und Völkerrecht. Gewiss wird die Zustimmung im Bundestag wieder mit großer Mehrheit erfolgen; insofern ist die formale Legalität des Bundeswehreinsatzes nicht zu bezweifeln. Ihre Rechtmäßigkeit ist damit aber keineswegs gewährleistet. Die Bundesregierung begründet die Mandatierung gegen den IS mit dem Selbstverteidigungsrecht gemäß Artikel 51 der UN-Charta, mit der EU-Beistandsklausel gemäß Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags und mit den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015) und 2249 (2015) des UN-Sicherheitsrats. Dagegen werden von Fachleuten unterschiedlicher beruflicher Position und sowohl institutioneller wie politischer Einbettung gravierende rechtliche Bedenken vorgetragen. Wir halten fest: es gibt keinen Beschluss des Sicherheitsrates, der eine militärische Intervention vorsieht. Die Koalition gegen den IS aus mittlerweile 64 Staaten geht in Syrien völkerrechtswidrig vor, indem sie die Souveränität Syriens verletzt. Im Ergebnis erscheint die Entsendung der Bundeswehr als schwerer Verstoß gegen geltendes Verfassungs- und Völkerrecht.

Ethische Bedenken gegen diese Kriegsbeteiligung haben viele geäußert. So hat sich der pax christi-Präsident und Bischof von Fulda, Heinz-Josef Algermisen, gegen dieses militärische Engagement positioniert. „Die Waffen müssten endlich schweigen, stattdessen treten neue Akteure wie Deutschland in den Krieg ein. Die Gewaltspirale wird dadurch nicht gestoppt. Die Luftangriffe, die nun auch mit deutscher Hilfe erfolgen, treffen die gesamte syrische Bevölkerung.“ Und entsprechend gab der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, zu verstehen: „Militärische Einsätze lösen ja gar nichts.... Wenn hier kein langfristiger Friedensplan vorliegt, dann wird ein militärischer Einsatz nicht zum Ergebnis führen, sondern zu schlimmeren Dingen.“ Einig sind sich jedenfalls die Kirchenleitungen darin, dass „die Anwendung militärischer Gewalt ... ethisch immer ein schweres Übel“ ist (Militärbischof Franz-Josef Overbeck). Da demnach auch bei verantwortungsethischer Orientierung zumindest Zweifel bezüglich der Legitimität des zur Diskussion stehenden militärischen Engagements besteht, kann das „schwere Übel“ dieses Einsatzes nicht als ethisch gerechtfertigt gelten.

Die Probleme im Nahen und Mittleren Osten wurden seit Jahren und werden auch jetzt durch militärische Gewalt verschlimmert. Destabilisierung und Zerfall der staatlichen Strukturen haben die Ausbreitung terroristischer Akteure begünstigt.

Der Weg, den die Bundesregierung nun unterstützt, gleichzeitig zu diplomatischen Bemühungen mit der Unterstützung von Luftangriffen Kriegspartei zu werden und Angst und Schrecken zu verbreiten, konterkariert den diplomatischen Weg. Deutschland entfernt sich damit von seiner Entscheidung für zivile Wege der internationalen Politik.

Ich danke euch.